

Anlage zum Bericht „Europäische und internationale Aktivitäten der Landesregierung Sachsen-Anhalt 2018“

Schwerpunkte der Ressorts aus dem Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2018

Anmerkung: Die nachstehende Übersicht enthält ausschließlich im Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2018 angekündigte Vorhaben. Maßnahmen der Ressorts zu Schwerpunktvorhaben, die 2017 oder früher von der Europäischen Kommission vorgelegt wurden und sich derzeit noch im Verhandlungsstadium befinden, sind ggf. im Textteil des Berichts beschrieben.

Lfd. Nr.	Ressort	Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens	Beschreibung von Gegenstand und Zielen des Vorhabens	Bedeutung des Vorhabens für Sachsen-Anhalt; Landesspezifischer Handlungsbedarf
1	StK/MF	Mehrjähriger Finanzrahmen für die Zeit nach 2020 (II. Quartal 2018)	legislativ	Das Vorhaben umfasst Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen sowie zu den Eigenmitteln der EU.	<p>Aus Landessicht erscheint es erforderlich, den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) auch nach 2020 an politischen Langfriststrategien und den damit verbundenen europäischen Zielsetzungen auszurichten. Dabei gilt es, auch den regionalen Strategien, z. B. im Bereich der ESI-Fonds, genügend Gestaltungsraum zu erhalten und hierfür eine entsprechende Mittelausstattung vorzusehen.</p> <p>Die Kohäsionspolitik und die Gemeinsame Agrarpolitik gehören zu den größten Ausgabenpositionen in der mehrjährigen Finanzplanung. Ihre künftige Ausgestaltung berührt grundlegende Interessen des Landes. Sachsen-Anhalt wird sich daher aktiv in die auf Ebene der Länder laufenden Meinungsbildungsprozesse einbringen.</p>
2	MF	Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) (IV. Quartal 2017)	legislativ/nicht legislativ	Aufbauend auf dem im Mai 2017 vorgelegten Reflexionspapier zur Vertiefung der WWU sowie der Rede zur Lage der Union von Kommissionspräsident Juncker vom September 2017 umfasst das Vorhaben Vorschläge zur Umgestaltung des europäischen Stabilitätsmechanismus, zur Schaffung einer eigenen Euroraum-Haushaltlinie im Rahmen des EU-Haushalts, zur mittelfristigen Einbindung des Vertrags über	<p>Mit den Vorschlägen zur Umgestaltung der haushaltspolitischen Koordinierung und Überwachung in der EU kann mittelfristig ein Verlust an haushaltspolitischer Autonomie für die Länder verbunden sein. Hinsichtlich der geplanten künftigen Kompetenzen eines europäischen Finanzministers sind mögliche Auswirkungen auf die Länder zu bewerten.</p> <p>Auf Landesebene sollte darauf geachtet werden, dass künftige Maßnahmen nicht zu zusätzlichen Berichtspflichten sowie Eingriffen in die bisher in</p>

Lfd. Nr.	Ressort	Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens	Beschreibung von Gegenstand und Zielen des Vorhabens	Bedeutung des Vorhabens für Sachsen-Anhalt; Landesspezifischer Handlungsbedarf
				Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU (Fiskalpakt), in den Rechtsrahmen der EU sowie eine Mitteilung über die mögliche Schaffung des Amtes eines ständigen und rechenpflichtigen europäischen Wirtschafts- und Finanzministers, dem eine stärkere Koordinierungsfunktion im Rahmen der Eurozone zukommen soll.	der Zuständigkeit des Landes liegenden zeitlichen Abläufe der Haushalts- und Finanzplanung führen. Insbesondere dürfen die im Rahmen der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpaktes vereinbarten Regeln nicht in Frage gestellt werden. In entsprechende Vereinbarungen müssen die Länder frühzeitig eingebunden werden, um die haushaltspolitische Autonomie zu wahren.
3	MF	Vollendung der Bankenunion (I. Quartal 2018)	legislativ	Die Vollendung der Bankenunion und eine Einigung über den Vorschlag für eine gemeinsame europäische Einlagensicherung bleiben als Ziele bestehen. Für 2018 sind mehrere Legislativvorschläge angekündigt.	Der Vorschlag für ein europäisches System der Einlagensicherung als dritte Säule der Bankenunion wird kritisch gesehen. Zunächst sollten bereits beschlossene Schritte der Bankenunion gegangen werden, ehe neue Instrumente geschaffen werden. Es sollte geprüft werden, ob die bisherigen Instrumente zu hinreichender Konvergenz der Finanzmärkte geführt haben. Zudem besteht die Gefahr, dass eine gemeinschaftliche Haftung falsche Anreize schaffen könnte.
4	MF	Maßnahmen im Bereich der Besteuerung zum Arbeitsschwerpunkt „Ein vertiefter und fairer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis“ (I. Quartal 2018)	legislativ	Durch Fortsetzung bzw. Aufgreifen neuer Initiativen soll eine faire und wirksamere Besteuerung auf internationaler Ebene erreicht werden. Die Maßnahmen flankieren die Aktivitäten zur Eindämmung aggressiver Steuerplanung und zur Verbesserung der Steuertransparenz. Sie sollen einen fairen Wettbewerb und die Entfaltung der im Binnenmarkt tätigen Unternehmen gewährleisten und damit auch die Nachhaltigkeit der Haushalte der Mitgliedstaaten stützen.	Maßnahmen zur Sicherung des Steueraufkommens betreffen aufgrund der Effekte der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auch den Landeshaushalt von Sachsen-Anhalt. Die Schaffung eines fairen Wettbewerbs stärkt die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Unternehmen. Sachsen-Anhalt kann im Rahmen der Aktivitäten der Ländergemeinschaft auf die Position Deutschlands bei den Verhandlungen Einfluss nehmen. Möglichkeiten hierzu bestehen über den Bundesrat und im Rahmen von Bund/Länder-Facharbeitsgruppen.

Lfd. Nr.	Ressort	Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens	Beschreibung von Gegenstand und Zielen des Vorhabens	Bedeutung des Vorhabens für Sachsen-Anhalt; Landesspezifischer Handlungsbedarf
5	MI	Vollendung der Sicherheitsunion (IV. Quartal 2017 bis II. Quartal 2018)	legislativ	Umsetzung der Agenda für die Sicherheitsunion und Fortsetzung der Bekämpfung des Terrorismus: Vorschläge zur Interoperabilität zwischen den EU-Informationssystemen für Sicherheits-, Grenz- und Migrationsmanagement; Vorschlag zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs von Strafverfolgungsbehörden zu elektronischen Beweismitteln; eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitung der Verordnung über den Vertrieb und die Nutzung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe und Initiativen, um Strafverfolgungsbehörden den grenzüberschreitenden Zugang zu und die Nutzung von Finanzdaten zu erleichtern	Die derzeit geltenden Abfragemodalitäten in den EU-Informationssystemen führen regelmäßig zu einem Mehraufwand für die operativen Kräfte und in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung und daher auch zu zeitlichem Verzug. Die beabsichtigte Interoperabilität zwischen den EU-Informationssystemen für Sicherheits-, Grenz- und Migrationsmanagement, aber auch der verbesserte grenzüberschreitende Zugang zu elektronischen Beweismitteln sowie zu Finanzdaten als Arbeitserleichterung für Strafverfolgungsbehörden ist aus Landessicht daher zwingend erforderlich. Auch die Initiativen von Europol zur Verbesserung der Interoperabilität, insbesondere in Bezug auf das Schengener Informationssystem SIS II, das Visa-Informationssystem VIS und das Fingerabdruck-Identifizierungssystem EURODAC, werden durch Sachsen-Anhalt im Rahmen der Ländervertreterin im Europol-Verwaltungsrat begleitet.
6	MS	Paket zu sozialer Gerechtigkeit (IV. Quartal 2017 bis II. Quartal 2018)	legislativ/ nicht legislativ	Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde, Initiative zum Zugang zu sozialer Sicherheit für Selbständige in atypischen Arbeitsverhältnissen, Initiative für eine europäische Sozialversicherungsnummer, die je nach Bedarf in verschiedenen Politikbereichen genutzt werden könnte und eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitung der Richtlinie über schriftliche Erklärungen, mit der Arbeitgeber verpflichtet werden, ihre Arbeitnehmer über die für deren Ar-	Die Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde sollte gründlich hinsichtlich ihres Mehrwertes abgewogen werden. Keinesfalls darf die Einführung dazu führen, dass die dezentralen Freiheiten, die sich gerade in den kommunalen Jobcentern des Landes bewährt haben, eingeschränkt werden. Von der Initiative zum Zugang zu sozialer Sicherheit für Selbständige in atypischen Arbeitsverhältnissen wäre auch Sachsen-Anhalt betroffen, obgleich derzeit in überschaubarem Maße. Die europäische Sozialversicherungsnummer würde zu Erleichterungen für das Verwaltungsverfahren

Lfd. Nr.	Ressort	Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens	Beschreibung von Gegenstand und Zielen des Vorhabens	Bedeutung des Vorhabens für Sachsen-Anhalt; Landesspezifischer Handlungsbedarf
				<p>beitsvertrag bzw. Arbeitsverhältnis geltenden Voraussetzungen zu informieren</p>	<p>ren bei grenzüberschreitenden Sachverhalten führen. Die Bedeutung für Sachsen-Anhalt als Land ohne Außengrenzen zu anderen EU-Mitgliedstaaten wird voraussichtlich eher gering sein.</p> <p>Die Überarbeitung der Richtlinie über schriftliche Erklärungen wird zur Herstellung möglichst hoher Transparenz der Rechte und Pflichten im Arbeitsverhältnis beitragen. Die Anforderungen dürfen insbesondere KMU aber nicht überfordern. Da von dem Vorschlag alle Arbeitsverhältnisse erfasst wären, wäre auch Sachsen-Anhalt erheblich betroffen.</p> <p>Hinsichtlich einer Bewertung von Detailfragen bleiben die einzelnen Vorschläge abzuwarten.</p>